Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 85 (1991)
Heft: 5

Rubrik: Zeichen der Zeit : "Neue Weltordnung"?

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit
«Neue Weltordnung»?

«Vor uns liegt die Chance, für uns und für zukünftige Generationen eine neue Weltordnung zu formen, eine Welt, in der die Herrschaft des Gesetzes und nicht die Herrschaft des Dschungels das Verhalten von Nationen leitet. Wenn wir erfolgreich sind, und das werden wir sein, haben wir eine echte Chance für diese neue Weltordnung, eine Ordnung, in der glaubwürdige Vereinte Nationen ihre friedensbewahrende Rolle einsetzen können, um das Versprechen und die Vision der Gründer der UNO zu erfüllen.» So sagte es George Bush, als er in der Nacht auf den 17. Januar 1991 seinen Angriff auf den Irak bekanntgab. Diese Vision des 41. US-Präsidenten gäbe Grund zur Hoffnung, wäre da nicht der Kontext einer Rede, die als Dokument des weltpolitischen Zynismus in die Geschichte eingehen dürfte, der Kontext eines imperialistischen Verhaltens auch, das umso gefährlicher geworden ist, als das Gegengewicht der bislang zweiten Supermacht heute fehlt. «Die Welt konnte nicht länger warten», sagte gleichzeitig einer, der sich wohl selbst für die Welt hielt, sich jedenfalls anmasste, für sie zu sprechen, sie seiner eigenen Ordnung, die so «neu» nicht ist, zu unterwerfen. Vergleichen wir die Ideologie, die er verkündet, mit den Fakten, die er setzt.

Keine neue Weltordnung ohne neue Weltwirtschaftsordnung

«Die Freiheit zu Raub und Ausbeutung» sei die einzige Freiheit, die für die USA wirklich zähle, urteilt der bedeutende Sprachwissenschaftler Noam Chomsky. Diese *«Fünfte Freiheit»*, die von den vier Wilsonschen Freiheiten – Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit, Freiheit von Mangel und Not sowie Freiheit von Furcht – nur die «schönen Worte» übriglasse, dürfe von der Öffentlichkeit aber nicht durchschaut werden. Darum brauche die US-Aussenpolitik immer auch ein «ideologischen System», «welches die fortgesetzte Passivität, Unwissenheit und Apathie der Bevölkerung garantiert».[1] Das *ist* so erschreckend simpel, wie es tönt. Die als «neu» propagierte «Weltordnung» macht da keine Ausnahme, sondern steht in der Kontinuität dieses Raub- und Ausbeutungskapitalismus. «Die neue Weltordnung ist nicht so neu, und sie ist keine Ordnung, aber leider ist sie weltweit», bestätigt Johan Galtung in einem Interview mit der GSoA-Zitig (April 1991).

Eine wirklich neue Weltordnung würde eine neue Weltwirtschaftsordnung voraussetzen. Solange es diese nicht gibt, versteckt sich hinter der wohlklingenden Formel nur wieder die «Fünfte Freiheit». Die USA, die vier Prozent der Weltbevölkerung ausmachen und einen Viertel der Weltenergie konsumieren, waren noch nie verlegen, die Unterdrückung anderer Völker mit calvinistischem Pathos zu rechtfertigen. Der Golfkrieg brachte es an den Tag: Hinter dem Deckmantel einer «neuen Weltordnung» ging es um nicht mehr und nicht weniger als den Zugriff auf zwei Drittel der weltweit bekannten Erdölvorräte. Die Konsum- und Rüstungsorgie der USA giert nach Rohstoffen zu möglichst niedrigen Preisen.

Das Sein prägt das Bewusstsein. Bush wie Baker sind nach ihrer Herkunft texanische Öl-Unternehmer. Sie unternehmen nichts, was Amerikas Abhängigkeit vom Öl vermindern könnte. Statt dessen unternehmen sie alles, was den grössten Ölkonzernen, den sog. Sieben Schwestern, zu Diensten ist und die *Ölpreise* tief hält. Dieser Zweck heiligt die Mittel, auch die Unterstützung demokratiefeindlicher Feudal- und Folterregime. Dank der Intervention am Golf können die Emirate weiterhin ihre riesigen Ölreserven zu Discountpreisen verschleudern, um die Industrieländer ja nicht

zur Substitution dieser Energie zu veranlassen. Die Saudis, Kuwaitis & Co. stimmen darin mit ihrem Protektor in Washington überein, der auch nichts vom Ölsparen und von der Nutzung alternativer Energien hält. Eine «neue Weltordnung», die diese Verschwendung wider alle ökologische Vernunft legitimiert, ist jedoch keine Ordnung, sondern das organisierte Verbrechen an der Natur und an den kommenden Generationen.

Fatal sind die Konsequenzen der «neuen Weltordnung» für jene Drittweltländer, die weder Erdöl anzubieten haben noch als potente Rüstungskunden auftreten können. Aus der Sicht der kapitalistischen Welt sind sie uninteressant geworden. Von einem «Nord-Süd-Dialog» haben sie nichts mehr zu erwarten. Was ihnen bleibt, um zu überleben, ist nur noch eine *Konfliktstrategie* gegen die nördlichen Metropolen. Anders sind die Schuldenerpressung, die Diktatur von IWF und Weltbank, der ungleiche Handelsaustauch, der totale Markt, der immer nur den Stärkeren begünstigt, nicht zu überwinden. Auch das Sein der Armen prägt ihr Bewusstsein und erklärt ihre Sympathie für jeden, der heute den USA trotzt, und heisse er Saddam Hussein. «Warum ist ein Sieg der Amerikaner am Golf nicht wünschenswert?» fragte die angesehene «Times of India». Die Antwort sollte uns zu denken geben: «Die Dominanz des Westens ist bereits so gross, dass, wenn nicht noch etwas Unerwartetes geschieht, die Suche nach einem dritten Weg, einer relativ autonomen, eigenständigen, selbstentwickelten Form der Entwicklung, die nicht sklavisch dem westlichen Modell oder dem der neu industrialisierten Länder folgt, äusserst schwierig ist. Nach einem westlichen Sieg über den Irak aber wird dies unmöglich.»[2]

Wie immer die künftige Konfliktstrategie der Dritten Welt aussehen wird, die weitere *Eskalation der Gewalt* ist vorprogrammiert. Neue Interventionskriege werden folgen, aber die verelendenden Massen nicht befrieden. Diese werden vermutlich mit den Waffen des Terrorismus antworten, den einzigen, die den Armen noch zur Verfügung stehen, vielleicht auch mit chemischen Waffen, den «Atombomben der Schwachen». Statt seine Armeen weiter auf solche Szenarien vorzubereiten, wäre der Norden besser beraten, seine Armeen abzurüsten und die freiwerdenden Ressourcen in den Dienst der ökonomischen, sozialen und ökologischen Stabilisierung der Dritten Welt zu stellen. Die Kosten des Golfkrieges zeigen, was möglich wäre, wenn die Kriegssponsoren von gestern endlich in den Frieden von morgen investieren würden.

Laut George Bush sollte die «neue Weltordnung» ein Zeitalter begründen, in dem «die Staaten der Welt, Ost und West, Nord und Süd, in Harmonie gedeihen und leben können». Daran glaubt er wohl selber nicht. Sonst müsste er ja Konsum- und Gewaltverzicht leisten, das Gegenteil von dem, was er praktiziert. Eine wirklich neue Weltordnung würde auf *Gerechtigkeit* beruhen. Gerechtigkeit aber gibt es nicht ohne Ausgleich der Interessen, nicht ohne faire Welthandelspreise, nicht ohne Weltorganisation, die juristische Gesetze der Solidarität gegen ökonomische Gesetze des Weltkapitals setzen und durchsetzen könnte.

«Pax Americana»

Nach dem Sieg im Kalten Krieg fühlen sich die USA freier denn je, ihre Kräfte auf den *«totalen Krieg gegen die Armen»*[3] zu konzentrieren. Offizielle Strategiepapiere beweisen es: «Das Ende der imperialen sowjetischen Ansprüche und der konventionellen sowjetischen Bedrohung in Europa bedeutet nicht das Ende der Geschichte (wie einige das angedeutet haben), sondern nur das Ende einer geschichtlichen Etappe.» Die nächste Etappe aber bestehe im «Konflikt mittlerer Intensität» gegen hochgerüstete Drittweltmächte, die auch die Supermacht USA an der ungehinderten Ausplünderung des Südens hindern könnten.[4]

Der *Krieg am Golf* war der erste derartige «Konflikt mittlerer Intensität» seit Vietnam. Saddams Griff nach dem Öl in der Region bot dazu die – willkommene – Gelegenheit. Im eben erschienenen Buch «Krieg am Golf» kommt Pierre Salinger zum Schluss, dass die US-Regierung nichts getan habe, um den Konflikt zu verhindern, dass sie diesen im Gegenteil schürte. Salinger dokumentiert ein Geheimabkommen mit Kuwait, aus dem hervorgeht, dass der CIA den Irak ökonomisch destabilisieren wollte. Die USA begrüssten es auch, dass

Saddam Hussein durch die demütigende Arroganz vertragsbrüchiger Ölscheichs provoziert und um Einkünfte und Schuldentilgungen geprellt wurde.[5]

Mit dem Krieg am Golf ist es der US-Regierung gelungen, den – in den letzten beiden Jahrzehnten mit neun Billionen Dollar – hochgerüsteten Militärapparat durch ein neues Feindbild zu legitimieren, ihn erfolgreich zu testen und dabei erst noch das «Vietnam-Trauma» zu überwinden. Die Interventionsdoktrin, die Jimmy Carter 1979 nach dem Sturz des Schahs von Persien zur Sicherung der Ölausbeutung am Golf entwickelt hatte, wurde gemäss Geheimplan 90–1002 mit dem grössten Expeditionskorps seit dem Vietnamkrieg in die Tat umgesetzt. Eine ökonomisch und politisch geschwächte Sowjetunion liess man mit ihren – durchaus sinnvollen – Vorschlägen zur Verhinderung des Golfkrieges ins Leere laufen. Durch die Absegnung des US-amerikanischen Angriffs auf den Irak im Sicherheitsrat haben die im Kalten Krieg Unterlegenen den Anspruch der USA auf planetarische Vorherrschaft anerkannt. Damit ist die Weltpolitik auf ein *unipolares System* reduziert worden. Dieses soll «neue Weltordnung» heissen. Der Golfkrieg und seine «Legalisierung» lieferten dazu den Klartext.

Der Sieger des Kalten Krieges glaubt, der Welt diktieren zu können, wie sie zu sein hat. Er beruft sich zwar auf «die Herrschaft des Gesetzes», hält sich selbst aber nur dann an die internationale Rechtsordnung, wenn sie seinen Interessen dient. Als Vizepräsident der USA gehörte Bush einer Regierung an, die sich keinen Deut ums Völkerrecht kümmerte, zum Beispiel Libyen bombardierte, in Grenada einfiel und sich weigerte, den Schuldspruch des Internationalen Gerichtshofs wegen ihrer Angriffe auf Nicaragua anzuerkennen. Als Präsident hat Bush den Truppeneinsatz in Panama befohlen und damit einmal mehr das Gewaltverbot der UNO-Charta verletzt. Für die Legalität, die der Sicherheitsrat dem Angriff auf den Irak verlieh, war schiere Willkür, jedenfalls nicht «die Herrschaft des Gesetzes» bestimmend. Legalisiert wurde eine neue *Militärallianz des Nordens gegen den Süden,* die mit der «Vision der Gründer» der Vereinten Nationen nichts mehr gemein hat. Galtung spricht im erwähnten Interview von einer «neuen Weltkriegsordnung».

Das Schlimmste an der «neuen Weltordnung» ist der zynische Umgang ihrer Promotoren mit *Menschenleben,* soweit es nicht gerade nordamerikanische, europäische oder israelische sind. Im Golfkrieg interessierten nur die 124 gefallenen US-Soldaten. Einen «body count» auf seiten des Feindes lehnte Norman Schwarzkopf als defätistische Stimmungsmache ab. Seine Rechnung scheint aufzugehen. Nicht einmal das Massen-Massaker am Mutla-Ridge, bei dem noch drei Tage vor Beginn der Waffenruhe 60000 irakische Soldaten umgekommen sind, stiess in den USA oder anderswo auf öffentliche Empörung. Der Soziologe Norman Birnbaum verweist auf eine beängstigende Kontinuität des Genozids in der US-amerikanischen Politik: «Das amerikanische Niedermetzeln der bereits fliehenden irakischen Armee, deren Regierung schon um Frieden nachsuchte, war gekennzeichnet von der gleichen Noblesse wie das Abschlachten der Indianer» (Spiegel, 18.3.91).

Gleichgültig stand US-Präsident Bush auch dem *Massenmord an der kurdischen und schiitischen Bevölkerung* durch das irakische Regime gegenüber. Dabei war er es doch gewesen, der nach der «Befreiung Kuwaits» die irakische Opposition zum Sturz Saddam Husseins ermutigt hatte. Nun galt es plötzlich, andere Rücksichten zu nehmen: auf Saudi-Arabien, das die Schiiten nicht gestärkt sehen will, und auf die Türkei, deren Özal sich bei der Unterdrükkung des kurdischen Volkes mit Saddam im Bunde weiss. Die Moral deckte sich nicht mit der Realpolitik, die eine Schonung dieser famosen Bündnispartner nahelegte. Die massakrierten Menschen hatten das Pech, über kein Erdöl zu verfügen und keine reichen Kuwaitis zu sein. Erst spät, für viele zu spät, und nur unter dem massiven Druck der Weltöffentlichkeit bequemte sich die «neue Weltordnung» zur Rettung kurdischer Flüchtlinge durch Schutzzonen im Norden Iraks. Diese «intervention d'humanité» beruht auf Völkerrecht und ist insofern keine «Einmischung in die inneren Angelegenheiten» des Irak. Dass Bush solange das Gegenteil behaupten konnte, wirkt angesichts einer Politik, der dieses Prinzip

sonst wenig bedeutet, einmal mehr wie blanker Zynismus. Nach Art. 8 des Genozidabkommens von 1948 wären die «zuständigen Organe der UNO» von allem Anfang an verpflichtet gewesen, die «Völkermordhandlungen» im Irak mit «geeigneten Massnahmen» zu verhindern.

«Imperiale Überdehnung»

In seiner letzten Botschaft zur Lage der Nation verkündete Amerikas 41. Präsident: «Die Hoffnungen der Welt ruhen auf uns. Die USA führen die Welt an... in die lichte Verheissung besserer Tage – in das nächste amerikanische Jahrhundert» (TA, 16.2.91). Bushs entschlossenes Handeln habe «das Gerede vom internationalen Niedergang der Vereinigten Staaten ... widerlegt», war die Meinung der NZZ schon bei Ausbruch der Golfkrise (25./26.8.90). «Danke USA!» überschrieb die schweizerische FDP ein Inserat, mit dem sie ihren primitiven Amerikanismus – den gibt es nebst einem primitiven Antiamerikanismus nämlich auch – zur Schau stellte.

Der *Triumph* der «neuen Weltordnung» dürfte *von kurzer Dauer* sein. Die Tage der US-amerikanischen Vorherrschaft sind gezählt, noch ehe sie richtig begonnen hat. Die Wirtschaft, die von einer Rezession in die andere schlittert, ist gar nicht in der Lage, den Militärapparat aufrechtzuerhalten, der für die Rolle des selbsternannten Weltpolizisten erforderlich wäre. Darum führten die USA schon den Golfkrieg auf fremde Rechnung. Er kostete 49 Milliarden Dollar. Im offenen Hut von Uncle Sam lagen am Ende sogar 54 Milliarden. Das US-Militär ist zur Söldnerarmee der «neuen Weltordnung» – sprich: des Weltkapitals – verkommen. Aber – und hier liegt ein weiteres Symptom eines niedergehenden Weltreichs – die USA haben der «Welt» auch nicht mehr viel anderes zu bieten als dieses militärische Interventionspotential. Noam Chomski zitiert eine konservative US-Zeitung, die der Regierung nahelegt, «ihre faktische Monopolstellung auf dem Sicherheitsmarkt» zu nutzen, um vor allem von Deutschland und Japan «Geldmittel und ökonomische Zugeständnisse» zu erhalten. Als Gegenleistung für den weltweit operierenden Söldnerverleih dürften die USA von der Konkurrenz verlangen, dass sie «unsere Aktien zu günstigen Bedingungen kauft, den Dollar hoch hält oder besser noch direkt Cash in unsere Staatskasse einzahlt» (WoZ, 25.1.91).

Damit befinden sich die USA auf der abschüssigen Bahn, die schon der UdSSR zum Verhängnis wurde. Militärische Stärke setzt eine *ökonomische Basis* voraus, die gerade dann abhanden kommt, wenn die Wirtschaft ihre Kapazitäten auf militärische Stärke konzentriert. Das Ende ist absehbar. Eben noch grösste Gläubigernation, haben sich die USA seit 1985 in die grösste Schuldnernation verwandelt. Ein Viertel der drei Billionen Dollar Staatsschulden wurden vom Ausland finanziert. Banken krachen zusammen, Städte zerfallen, das Bildungs- und das Gesundheitswesen liegen darnieder. 13 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Der einzige «Arbeitsplatz», den die Regierung für sie schaffen kann, ist wiederum die Armee. Das alles ist nicht die Basis einer Weltmacht, sondern vielmehr Symptom ihrer «imperialen Überdehnung», wie sie der Historiker Paul Kennedy diagnostiziert hat.[6]

Der Niedergang dieses vorläufig letzten Weltreichs ist vorprogrammiert. Ragaz würde sagen: «Gott duldet solche Grössen nicht.»[7] Der «lebendige Gott» anerkennt «keine fertige Welt und Weltordnung, durch welche gewisse Weltzustände sanktioniert würden»[8]. Und: «Das Weltübel ist nicht etwas zu *Erklärendes* und damit zu Rechtfertigendes, sondern etwas zu *Überwindendes*»[9]. Das gilt auch für jenes nicht mehr ganz so neue Weltübel, das heute als «neue Weltordnung» daherkommt.

1 Vgl. Noam Chomsky, Die Fünfte Freiheit. Über Macht und Ideologie, Hamburg 1988, S. 11, 15f.
2 Zitiert nach Franz Nuscheler, Der erste Nord-Süd-Krieg? in: epd-Entwicklungspolitik, März 1991, S. 20.
3 Vgl. Ulrich Duchrow, Gert Eisenbürger, Jochen Hippler (Hg.), Totaler Krieg gegen die Armen. Geheime Strategiepapiere der amerikanischen Militärs, München 1989.
4 Vgl. Le Monde Diplomatique, Januar 1991.
5 Vgl. Pierre Salinger/Eric Laurent, Krieg am Golf. Das Geheimdossier, München/Wien 1991.
6 Vgl. Paul Kennedy, Aufstieg und Fall der grossen Mächte, Frankfurt am Main 1989, S. 758ff.
7 Die Bibel – eine Deutung, Bd. I, S. 177.
8 A.a.O., Bd. V, S. 125.
9 A.a.O., Bd. VII, S. 109.